



# Wanderer

Sport in Oberschlesien

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Wanderer erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich 2,70 GM, im Voraus zahlbar. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien 2,70 Zloty. — Preise freibleibend. — Verlagsänderungen, herabgerufen durch höhere Gewalt, sind und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mmz-Seite 0,10 GM, im Restamtteil 0,40 GM für auswärtige Anzeigen die einseitige mmz-Seite 0,12 1/2 GM, im Restamtteil 0,80 GM. — Amtliche, Finanz- und Seilmitteleinlagen im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,80 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mmz-Seite 0,10 bzw. 0,40 Zloty. — Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. — Zeilagengebühr 4,- GM %<sub>100</sub>. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Afford oder bei Konkurs fällt jede Rabattvermittlung fort.

## Die Antwort des Völkerbundes

Berlin, 16. März. (Eig. Ber.) Die am Sonnabend Abend in Berlin eingegangene Antwort des Völkerbundes auf Deutschlands Note an den Völkerbund kam bereits Sonntag zur ersten Besprechung im Reichskabinett. Die Beratungen wurden heute fortgesetzt. Am Mittwoch sollen die Parteiführer von Herrn Stresemann informiert werden. Bekanntlich hat sich der Reichswehr-Minister Geßler eben erst in seinem Hamburger Vortrag gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

### Der Genfer „Krad“

(Von einem Außenpolitiker.)  
Berlin, 16. März.  
Die kritische Rede, die der britische Außenminister Chamberlain am Donnerstag voriger Woche im Unterhaus gehalten hat, bedeutet nach übereinstimmendem Urteil der gesamten europäischen Presse das Scheitern des Genfer Protokolls. Was enthält das Protokoll? Es war am 10. Oktober 1924 zustande gekommen. Die Vertreter aller im Völkerbund hatten sich vier Jahre lang mühselig bemüht, die in Artikel 2 des Versailler Vertrags vorgesehene Beschränkung der Rüstungen Deutschlands durchzuführen. Man hatte eingesehen, daß auch der Garantiepakt Lord Robert Cecil die notwendige Sicherheit nicht geben konnte, wenn die durch Ausbau der Völkerbundorganisation jeder Art für die Zukunft ausgeschlossen würde. Aber was kam dabei heraus? Das Wesen des Angriffskrieges ist nicht faßbar in Paragraphen auseinanderzusetzen. Siehe sich nicht feststellen, wer Angreifer ist, so hat der Rat die Pflicht, den kriegsführenden Parteien sofort einen Waffenstillstand vorzuschreiben. Das Protokoll unterscheidet in misslicher Weise zwischen militärischen und politischen Fragen. Wenn die militärische Verhandlung nicht gelingt, so sollte die Frage des Schiedsgerichts überwiesen werden. Der Schiedsrichter von den Parteien selbst bestimmt werden dürfen. Sollten beide Parteien den Schiedsrichter ab, dann wird die Sache erneut vor dem Rat verhandelt. Und so weiter. Man kann sich leicht vorstellen, wie ungehörig Parteien ihren Zwang durch Gas- und Giftkrieg erproben haben, bis die bürokratischen Instanzen endlich wissen, ob sie zuständig sind.  
Außer der Schiedsgerichtsbarkeit waren im Genfer Protokoll auch ganz neuartige Sanktionen vorgesehen und zwar sowohl wirtschaftliche als auch militärische. Chamberlain hat alles das in Grund und Boden verurteilt, und der deutsche Standpunkt aus besteht gar kein Grund, sein vernünftiges Urteil etwa wiederum einer Kritik zu unterziehen. Der Völkerbund, so führte der Britenminister aus, sei in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht der Bund, der die Urheber des Balkan-Krieges im Auge hatte, und nun wolle das Genfer Protokoll auch noch den Geist des Völkerbundes völlig ändern. Mit den neuen Sanktionen habe das Protokoll den Frieden zu wahren, indem es kriegerische Organisationen schafft. Das bedeutet die Erhöhung der Kriegsgesfahr... Chamberlain hat also das Genfer Protokoll zu Fall gebracht. Was will er an seine Stelle setzen? Man hat ihn am nächsten Tag in einer Preisrede besprochen, ob er glaube, daß der Garantie-Pakt mit Einfluß Deutschlands das Genfer Protokoll ersetzen könne. Chamberlain erwiderte: Das bleibt abzuwarten. Meine Regierung wird ebenfalls mit ihren Verbündeten zusammen prüfen, ob es hier nicht eine offene Tür gibt, die zu einer besseren Zukunft führen kann.  
Was gebietet England aber jetzt zu tun? Am heutigen Montag nachmittag ist eine neue Mission zwischen Herriot und Chamberlain in Paris in Aussicht genommen. Dort wird also wahrscheinlich der französische Standpunkt einen Vorstoß machen. Außerdem ist für Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche eine neue Zusammenkunft zwischen Herriot und dem belgischen Minister P. Manu vorgesehene. Die weitere Auseinandersetzung innerhalb der Entente scheint also von Genf nach Paris verlegt zu werden. Das ist kein gutes Zeichen. Die einzige erfreuliche Folge des Genfer „Krad“ ist bis jetzt der neue Schritt Amerikas. Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg haben die Stunde einer zweiten allgemeinen Abrüstungskonferenz für gekommen an. Nur die Flotteverträge werden geladen. Amerika hat zu Lande abgerüstet. Die Landabrüstung bleibt Sorge Europas. Da man in Washington aber auch über die Beschränkung der Luftstreitkräfte verhandeln will, wird man auf dem Umwege der Besprechung des Gas- und Giftkriegs doch auch auf die Landabrüstung zurückkommen. Wird Deutschland nach Washington geladen? Wir fürchten, nein. Denn es ist ja keine Gottesmacht mehr. Umso lauter wird es seine Stimme in Paris und London erheben müssen, damit die Frage des Garantiepakts endlich Fortschritte macht.

### Die fünf Präsidentschaftskandidaten



Obere Reihe von links nach rechts: Badischer Staatspräsident Prof. Will Helldach (Dem.). Der frühere Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum). Portrait in der Mitte: Döberlungermeister von Duisburg Dr. Jarres (Kandidat des Reichsblocks). Untere Reihe von links nach rechts: Preuß. Ministerpräsident a. D. Otto Braun (Soz.-Dem.). Transportarbeiter Ernst Thälmann, Hamburg (Kommunist).

### Um den Präsidentschaft

Die grundsätzliche Bedeutung der Wahl.  
Von unserem Berliner Vertreter.  
(?) Berlin, 16. März.  
Die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten wird nach übereinstimmender Auffassung der maßgebenden politischen Kreise sowohl für die innere als auch die auswärtige Politik von größter Bedeutung sein. Die Tragweite des endgültigen Ausgangs der Wahl besteht in erster Linie darin, daß der neue Reichspräsident mehr oder weniger als der wichtigste Faktor für den künftigen Kurs der deutschen Politik angesehen wird. Obwohl die Rechte des Präsidenten in der Verfassung ziemlich eng umgrenzt sind, wird es darauf ankommen, ob der Kandidat der Rechten, Dr. Jarres, oder der Exponent der Politik der Mitte, Marx, die Präsidentschaft übernehmen wird. Bei den letzten Regierungskrisen war die Initiative in hohem Grade dem Reichspräsidenten überlassen worden, von dessen Gesicht es abhing, eine Persönlichkeit mit der Regierungsbildung zu betrauen, die imstande war, eine Lösung der Regierungskrisen herbeizuführen. Bei den Änderungen, die in der politischen Lage eingetreten können, ist es nach wie vor von größter Wichtigkeit, daß der Reichspräsident nicht parteipolitisch gebunden ist und nach freiem Ermessen seine Dispositionen zu treffen vermag.  
Ein Sieg der Kandidatur Jarres würde eine erhebliche Festigung des Reichskurses im Reich bedeuten, während ein Erfolg des früheren Reichskanzlers Marx die Rückkehr zur Politik der Mitte darstellen würde. Besonders wichtig erscheint in politischen Kreisen die unbedingte Zuverlässigkeit des Reichspräsidenten gegenüber der Reichsverfassung. Man glaubt, daß mit Ausnahme des kommunistischen Kandidaten Thälmann alle anderen Anwärter auf die Reichspräsidentschaft ohne weiteres geneigt sind, die Verfassung zu wahren und die Rechte der Volkvertretung zu wahren. Da jedoch der verantwortliche Leiter der Reichspolitik der Reichskanzler ist, so wäre es ganz falsch, wenn von irgendeiner Seite die grundsätzliche Bedeutung der Präsidentschaftswahl übertrieben werden sollte.  
Den Parteien kommt es eigentlich mehr darauf an, daß eine Persönlichkeit die Reichspräsidentschaft übernimmt, die mit dem parlamentarischen Leben genügend vertraut ist, um in den schwierigen Situationen die Lage klären zu können. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß möglicherweise schon sehr bald die Frage in Erwägung gezogen werden muß, ob es nicht angebracht erscheint, die Rechte des Reichspräsidenten zu erweitern und die diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsverfassung abzuändern. Wie wir hören, stehen namentlich die Reichsparteien auf dem Standpunkt, daß eine solche Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten eine unerläßliche Voraussetzung für die künftige politische Entwicklung in Deutschland ist. Schon jetzt muß daher in Erwägung gezogen werden, welcher der von den Parteien in Vorleistung gebrachten Kandidaten für das verantwortliche Amt am meisten geeignet ist. Je nach der politischen Einstellung werden nun Dr. Jarres und der frühere Reichskanzler Marx in den Vordergrund gestellt. Je unklarer die Situation im gegenwärtigen Augenblick erscheint, desto eifriger sind diejenigen Kräfte am Werke, die in weiser Voraussicht der Dinge alle Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang schon jetzt zu treffen beabsichtigen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß nach Beendigung des ersten Wahlganges neue interparlamentarische Verhandlungen über eine bürgerliche Einheitskandidatur zustande kommen. Auf der anderen Seite sind die Parteien gegenwärtig fast ausschließlich darauf eingestellt, den Erfolg ihres eigenen Kandidaten zu sichern, so daß alle Bemühungen zur Wiederherstellung der zerbrochenen Geschlossenheit vorläufig zur Erfolglosigkeit verdammt sein werden.

### Wahlbewegung

Ob. Berlin, 16. März. (Eig. Ber.) Der erste Wahlsonntag ist im Reich ruhig verlaufen. Nur in Berlin kam es zu einem neuen Zusammenstoß mit Kommunisten. Ein Todesopfer und 11 Verletzte sind zu beklagen. In Halle ist nach den blutigen Vorgängen der letzten Tage Ruhe eingetreten. Die Besetzung der Lokalen soll am 18. März, dem Tag der Märzgefallenen erfolgen. Die Kommunisten planen für diesen Tag eine neue große Demonstration.  
Berlin, 15. März. Sonntag nachmittag passierte ein Zug von etwa 450 kommunistischen Demonstranten den Hermannsplatz in Neutölln. Sie brachten einen Straßenbahnwagen gewaltsam zum Halten; ein Mann schlug mit einer Stange auf den Führer ein. Die Verkehrsposten der Schupo nahmen den Führer fest, doch wurde er ihnen von der Menge wieder entzogen. Weitere zu Hilfe eilende Beamte wurden ebenfalls angegriffen und zu Boden geworfen. Im höchsten Bedrängnis gab nun ein zufällig des Weges kommender Beamter Schreie ab, außerdem fielen auch Schüsse aus der Menge. Hierauf wurde einer der am Angriff auf die Beamten Beteiligten durch Oberleutnant Schubert so schwer verletzt, daß er kurz darauf an Verblutung starb. Schließlich gelang es dem Schupo-Kommando, die Menge durch gütliches Zureden zu zerstreuen.

### Gegen den Reichswehretat

Ob. Essen, 16. März. (Eig. Ber.) Wie die Rhein- und Ruhrregion aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch immer Erwägungen darüber im Gange, ob die Sozialdemokraten gegen den Reichswehretat stimmen sollen. Der linke Flügel wird durchaus für eine Ablehnung stimmen und beschließt, den Redner für das Reichstagsplenum zu bestimmen.

### Rampf um die Arbeitszeit

Düsseldorf, 15. März. Gestern hat beim Bevollmächtigten für Arbeitsfragen eine Konferenz über die Arbeitszeit in den oberschlesischen Hochofen- und Kokerbetrieben stattgefunden. Der Arbeitgeberverband beantragte die Beibehaltung der verlängerten Arbeitszeit. Daraus sind künftigen die Metallarbeiterverbände die Vereinbarung über die Arbeitszeit zum 1. April.

### Mühselige Verhandlungen

M. Paris, 16. März. Sabas meldet aus London: Die interalliierte Kontrollkommission hätte eine Sendung von mehreren Millionen Leuchtflugeln, die für einen Doktor am Rhein bestimmt waren, entdeckt und beschlagnahmt.

### Frankreichs Geheimpolitik

(?) Paris, 15. März. Im Auswärtigen Ausschuss sollte Herriot Erklärungen zur Sicherheitsfrage und über die auswärtige Politik abgeben. Er hat zuvor um ehrenwörtliche Geheimhaltung. Der Kommunist Berthou lehnte die Zusage ab. Bei der Abstimmung über diese Frage blieben er und ein Sozialist, der sich der Stimme enthielt, die einzigen das Ehrenwort Verweigernden. Es soll eine neue Sitzung ohne Berthou stattfinden; dieser meldete seinen Austritt aus dem Ausschuss an.

### Rundgebungen in Polen

Ob. Posen, 16. März. (Eig. Ber.) Außer in Warschau fanden gestern auch in Posen große polnische Demonstrationen gegen Deutschland statt. Die Polen protestierten auch in Bromberg, Thorn und Gnesen gegen den angeblichen deutschen Anschlag (?) auf die Grenzen Polens. Es kam überall zu großen Schmähungen gegen Deutschland und England. Ausschreitungen gegen die deutschen Mitbürger sind bisher nicht bekannt geworden, doch herrscht in deutschen Kreisen Beunruhigung, da die Demonstrationen fortgesetzt werden sollen.